- k) gewerbliche Herstellung von Lichtbildreihen, Diapositivbildern (soweit sie nicht Werbezwecken dienen) sowie deren Vervielfältigung und die öffentliche Vorführung solcher Standbildreihen, Herstellung von Filmkopien,
- l) mechanische Vervielfältigungen jeder Art (Musik oder Sprache),
- m) Gewerbe ohne festen Gewerbesitz, soweit die Gewerbetätigkeit in einem Bezirk oder dem gesamten Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik ausgeübt werden soll.
- (9) Bei Gewerben, die keine örtliche Bedeutung haben oder deren Bedeutung über das Kreisgebiet nicht hinausgeht, entscheiden die zuständigen Organe der Räte der Kreise entsprechend ihrer Zuständigkeit nach Einholung der Stellungnahmen der gemäß § 2 Abs. 4 der Verordnung mitwirkenden Organe.
- (10) Jede sonstige in der Verordnung vorgesehene und im Abs. 1 nicht genannte Erlaubnis erteilt bei Gewerben mit örtlicher Bedeutung der Rat der Gemeinde, in allen übrigen Fällen das zuständige Organ des Rates des Kreises; die Stellungnahme des übergeordneten Organs kann angefordert werden.

§ 6

Zu § 3 der Verordnung:

(1) Bei der Prüfung des volkswirtschaftlichen Bedürfnisses ist bei der Zulassung von Handwerks-, Kleingewerbe- und Einzelhandelsbetrieben in erster Linie die Befriedigung der ständig steigenden Bedürfnisse der Bevölkerung zu beachten. Bei Handelsbetrieben und Ladengeschäften ist außerdem die planmäßige Entwicklung des Handelsnetzes zu berücksichtigen. Bei Industriebetrieben ist entscheidend, ob die Kapazitätserweiterung in dem jeweiligen Industriezweig volkswirtschaftlich notwendig ist.

(2) Die fachliche Eignung ist nachzuweisen, soweit für Berufe eine bestimmte Ausbildung, bestimmte Kenntnisse, Fertigkeiten oder Fähigkeiten vorgeschrieben sind.

(3) Der Nachweis der gesundheitlichen Eignung ist durch ausreichendes schriftliches Attest einer ambulanten bzw. stationären Behandlungseinrichtung des staatlichen Gesundheitswesens, das vom Kreisarzt bestätigt ist, zu erbringen. Die Überwachung der gesundheitlichen Eignung führt, soweit erforderlich, der Rat des Kreises, Abteilung Gesundheitswesen, oder die von ihm beauftragte Einrichtung des staatlichen Gesundheitswesens durch. Der Rat des Kreises, Abteilung Gesundheitswesen, kann erforderlichenfalls jeweilige oder wiederholte Untersuchungen verlangen.

(4) Zu den sonstigen Betriebsmitteln gehören auch die finanziellen Mittel.

(5) Die Entscheidung über einen Antrag ist dem Antragsteller schriftlich mitzuteilen; eine Ablehnung muß eine Begründung sowie den Hinweis auf das zulässige Rechtsmittel enthalten.

(6) Durchschriften der Gewerbeerlaubnis erhalten der Rat des Kreises, Abteilung Finanzen, sowie die gemäß § 2 Abs. 4 der Verordnung bei der Erlaubniserteilung mitwirkenden Organe.

§ 7

Zu §§ 4 und 5 der Verordnung:

(1) Der Widerruf wird von dem Organ ausgesprochen, das für die Erlaubniserteilung zuständig ist; er muß schriftlich mit Begründung und Rechtsmittelbelehrung zugestellt werden,

(2) Der Widerruf wegen fehlender gesundheitlicher Eignung ist nur nach ausreichendem schriftlichem Attest einer ambulanten bzw. stationären Behandlungseinrichtung des staatlichen Gesundheitswesens, das vom Kreisarzt zu bestätigen ist, zulässig, es sei denn, daß sich der Betroffene weigert, trotz mutmaßlichen Fehlens der gesundheitlichen Eignung die ärztliche Untersuchung vornehmen zu lassen.

(3) Eine Beschwerde gegen den Widerruf hat aufschiebende Wirkung. In Ausnahmefällen kann die aufschiebende Wirkung ausgeschlossen werden; dies ist besonders zu begründen.

(4) Der Widerruf oder das Erlöschen einer Gewerbeerlaubnis ist von dem zuständigen Organ dem Rat des Kreises, Abteilung Finanzen, sowie den gemäß § 2 Abs. 4 der Verordnung mitwirkenden Organen mitzuteilen.

(5) Der Tod des Inhabers eines Gewerbebetriebes (Einzelkaufmann) ist von den Erben spätestens nach zwei Wochen dem für den Gewerbesitz zuständigen Rat der Gemeinde zu melden. Dieser hat erforderlichenfalls die Meldung an das für die Erlaubniserteilung zuständige staatliche Organ weiterzugeben.

(6) Sofern die Erben eines Einzelkaufmanns den Betrieb weiterführen wollen, haben sie spätestens drei Monate nach dem Tode des Erblassers Antrag auf Übernahme des Betriebes zu stellen.

(7) Eine den vertretungsberechtigten Gesellschaftern einer Personengesellschaft oder den gesetzlichen Vertretern einer juristischen Person erteilte Gewerbeerlaubnis erlischt mit dem Tode des Berechtigten bzw. mit dem Erlöschen der Vertretungsbefugnis.

(8) Innerhalb eines Monats nach dem Erlöschen der Gewerbeerlaubnis, gemäß Abs. 7, sind die erforderlichen Anträge auf Erteilung einer neuen Gewerbeerlaubnis zu stellen. Bis zur Erteilung dieser Erlaubnis sind die nach den gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen Vertretungsbefugten berechtigt, den Gewerbebetrieb zu leiten.

§ 8

Übergangsbestimmung

(1) Die zuständigen Organe der Räte der Kreise, Städte, Stadtbezirke und Gemeinden haben bis zum

1. Juli 1957 den im § 1 Abs. 6 der Verordnung genannten Personenkreis planmäßig zu kontrollieren, ob die vor Inkrafttreten der Verordnung erteilten Genehmigungsurkunden u. dgl. inhaltlich noch der tatsächlich ausgeübten Gewerbetätigkeit entsprechen (Inhaber, Wohnsitz, Gewerbesitz, Schankkonzession, Warensortiment bzw. Handelsfunktion usw.).

(2) Genehmigungsurkunden u. dgl. mit nicht mehr zutreffenden Angaben sind einzuziehen. Sofern die Voraussetzungen des § 3 der Verordnung erfüllt sind, wird gebührenpflichtig eine neue Gewerbeerlaubnis erteilt; auf die Stellung eines besonderen Antrages kann verzichtet werden.

(3) Wird bei der Kontrolle eine unbefugte Gewerbeausübung festgestellt, so ist diese zu untersagen; in schwerwiegenden Fällen kann ein Ordnungsstrafverfahren gemäß § 9 der Verordnung durchgeführt werden. Unabhängig hiervon ist der Gewerbetreibende berechtigt, den Antrag auf Erteilung einer Gewerbeerlaubnis gemäß den Bestimmungen der Verordnung zu stellen. In Ausnahmefällen darf eine vorläufige Erlaubnis bis zur Entscheidung über den Antrag erteilt werden.